

## Überblick

### Blaue EU-Positionen in einem Sammelband



Foto: Reuters

LINZ. Befindet sich die EU auf dem „richtigen Kurs“ – die FPÖ bezweifelt das. So warnt der oberösterreichische FP-EU-Mandatar **Franz Obermayr** vor drohenden Versuchen, die EU in einen „Bundesstaat“ umzuwandeln. Vor der EU-Wahl hat der „Attersee-Kreis“ der FPÖ nun unter dem Titel „Europa am Scheideweg – zwischen Verbrüsselung und Vielfalt“ einen Sammelband mit Beiträgen von 20 Autoren (u. a. H.-C. Strache und Andreas Mölzer) herausgebracht. Es soll auch der „inhaltlichen Information unserer Funktionäre“ dienen, sagt Attersee-Kreis-Präsident Alois Gradauer.

den Versuchen, die EU in einen „Bundesstaat“ umzuwandeln. Vor der EU-Wahl hat der „Attersee-Kreis“ der FPÖ nun unter dem Titel „Europa am Scheideweg – zwischen Verbrüsselung und Vielfalt“ einen Sammelband mit Beiträgen von 20 Autoren (u. a. H.-C. Strache und Andreas Mölzer) herausgebracht. Es soll auch der „inhaltlichen Information unserer Funktionäre“ dienen, sagt Attersee-Kreis-Präsident Alois Gradauer.

### 100 Stunden Mahnwache für Entwicklungshilfe

WIEN. Hilfsorganisationen haben am Montag eine 100 Stunden andauernde Mahnwache auf dem Ballhausplatz aus Protest gegen Budgetkürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) gestartet. Der Posten Entwicklungs- und Auslandskatastrophenhilfe soll im kommenden Jahr, entgegen dem Regierungsprogramm um 17 Millionen weniger erhalten. Dass das Budget für 2014 gleich blieb, ist nur einer internen Umschichtung und der Auflösung von Rücklagen im Außenministerium zu verdanken. 2015 soll der Budgetposten für EZA nur noch rund 65 Millionen Euro betragen.

Gleichzeitig entbrannte die Diskussion um die Rechte von Homosexuellen in Österreich aufs Neue. Seit 2010 können homosexuelle Paare eine „Eingetragene Partnerschaft“ eingehen. Diese beinhaltet aber nicht die Möglichkeit zur Adoption von Kindern – ein Punkt auf den Schwulen- und Lesbenorganisationen drängen und der seit Jahren höchst kontrovers diskutiert wird.

Landwirtschaftsminister **André Rupprechter**, der innerhalb der ÖVP mit seinem Eintreten für ein Adoptionsrecht für Homosexuelle Anfang März heftige Diskussionen ausgelöst hatte, nannte den Song-Contest-Sieg **Conchita Wursts** gestern im ORF-Radio eine „nachhaltige Botschaft“. Er betonte neuerlich, dass in der ÖVP bereits ein „Nachdenkprozess“ beim Thema Homosexuelle laufe – auch

Herkunft oder der sexuellen Orientierung seit 2004 untersagt. Gegen Alltagsdiskriminierungen haben Schwule oder Lesben bisher jedoch keine Handhabe. Homosexuelle, denen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung ein

Ein Gesetzesentwurf **Hundstorfers**, der das 'ändern sollte, war 2010 und 2012 an Widerständen im VP-Parlamentsklub gescheitert. **Hundstorfer** will nun einen weiteren Anlauf starten: „Ein unterschiedliches Schutzniveau für

### AKTIVISTEN HOFFEN AUF „UMDENKEN“

■ Eine **Gleichstellung** der „Eingetragenen Partnerschaft“ mit der Ehe inklusive **Adoptionsrecht** sowie ein besserer **rechtlicher Schutz vor Diskriminierungen** – das nennt **Günter Högl**, der Obmann der Homosexuellen Initiative Wien (HOSI) als Hauptforderungen. Auch wenn er mit der Gesamtsituation für Homosexuelle in Österreich „sehr zufrieden“ sei, hoffe er dass der Song-

Contest-Sieg jetzt auch zu einem Umdenken in diesen Punkten führe.

■ Österreich und Europa seien mit dem Song Contest „toleranter geworden“, sagt HOSI Linz-Ver einssprecher **Rainer Bartel**. Er sieht in **Conchita Wursts** Sieg auch „ein Zeichen, dass **Homophobie** und Ausgrenzung **keine Zukunft** in Europa haben“.

„tigbar.“  
■ **Rudolf Hundstorfer**, der Sozialminister (SP) hofft auf VP-Zustimmung für einen verbesserten Diskriminierungsschutz für Homosexuelle

Personen einer bestimmten sexuellen Orientierung ist nicht rechtfertigbar“, sagt er.

Auch für ein Adoptionsrecht für homosexuelle Paare treten SPÖ, Grüne und Neos schon seit Längerem ein. Oberösterreichs SP-Chef **Reinhold Entholzer** forderte gestern einen „offensiven Respekt für individuelle Lebensentwürfe“, **Grünen-Landesrat Rudi Anschöber** sieht Österreich jetzt „in der Verantwortung, die 12 Monate bis zum Song-Contest-Heimspiel zu nutzen, um bestehende Diskriminierungen abzubauen.“ (mst/gana)

# Nur in Österreich wählen am 25. Mai auch 16-Jährige

## Niedrigstes Wahlalter aller EU-Staaten – Umfrage in Oberösterreich: Jugendliche stehen positiv zur EU

WIEN/LINZ. Bei den EU-Wahlen am 25. Mai nimmt Österreich eine Sonderstellung ein: In allen anderen Mitgliedsstaaten gilt das Mindestwahlalter 18 Jahre. In Österreich, seit der Wahlrechtsreform 2007, 16 Jahre – für Wahlen vom Gemeinderat bis eben zum Europaparlament. Das könnte „Vorbildcharakter“ für die EU haben, sagte vor kurzem Nationalratspräsidentin **Barbara Prammer** (SP). Studien in Österreich hätten nämlich gezeigt, dass die Wahlbeteiligung unter den 16- bis 18-jährigen zumindest gleich hoch oder höher sei als bei älteren Wählern.

Alleine in Oberösterreich sind am 25. Mai 172.300 16- bis 25-Jährige wahlberechtigt, 89.300 davon sind EU-Erstwähler.

Das Linzer market-Institut versuchte das Stimmungsbild unter den oberösterreichischen 15- bis 25-Jährigen anhand von 250 Online-Interviews zu erheben. Die Ergebnisse präsentierte am Montag Landtagspräsident **Viktor Sigl** (VP).

### Jeder Zweite will sicher wählen

Bei 46 Prozent lag österreichweit die Wahlbeteiligung 2009. Von den in Oberösterreich befragten Jugendlichen gaben 50 Prozent an, „ganz sicher“ wählen zu gehen, 26 Prozent „wahrscheinlich“. Damit bestätigte sich das Wahlinteresse der Jugendlichen, sagt **David Pfarrhofer** von „market“.

Aufschlussreich für **Sigl** ist die abgefragte Einstellung zur EU-Mitgliedschaft. 59 Prozent sehen die



Auch bei EU-Wahl: Wählen ab 16 (APA)

Mitgliedschaft „eher positiv“, 26 Prozent „eher negativ“, 15 Prozent sind unentschieden. Das sei in Zeiten wachsender EU-Kritik „beachtlich“, sagt **Sigl**: „Die Jugend in Oberösterreich ist mit deutlicher Mehrheit pro-europäisch.“

Bei der Beurteilung der EU-Mitgliedschaft werden von 53 Prozent

„bessere Zukunftschancen“ genannt, wobei bei den abgefragten „Vorteilen“ vor allem die Möglichkeiten für Ausbildung und Arbeit in anderen Staaten und die besseren Exportchancen für die Wirtschaft genannt werden. Bei den „Nachteilen“ stehen höhere Preise durch die Euro-Einführung, Zahlungen für ärmere EU-Länder und „überflüssige Regelungen“ an der Spitze der Nennungen.

Ein **Manko** sieht **Pfarrhofer**, wie bei den Älteren, auch bei den Jugendlichen – ein **Manko** der Politik: Nur drei Prozent sehen sich „sehr gut informiert“ über die EU-Wahlen, nur 21 Prozent „gut informiert“. „Wir brauchen politische Bildung an den Schulen“, folgert **Sigl**. (bock)